

# Arbeiter-Zeitung

311 Einzelnummer 10 Pfennig  
Bei Zeitungsbestellern und in allen Buchhandlungen erhältlich

Lageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Sachsen  
Verbreitungsgebiet Ostsachsen / Beilagen: Der rote Stern / Rund um den  
Erdball / Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter

7. Jahrgang Dresden, Donnerstag den 5. Februar 1931 Nummer 30

## Alarmierende Mitteilungen über Brünnings weitere Diktaturpläne

### Die SPD-Führer von allem unterrichtet und zur Unterstützung bereit

Dresden, den 5. Februar.  
Die hungerliche Presse, darunter auch der volksparteiliche Dresdner Anzeiger von heute morgen, bringen ausserordentliche Mitteilungen über die geplante Ausschaltung des Reichstages, die in ihrer Gehässigkeit allerdings nicht neu, aber hinsichtlich ihrer konkreten Fassung dennoch alarmierend wirken. Bekanntlich liegt der Reichstag vor der Verabschiedung des Heimgarntarifs. Während die Mehrheit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion offen für die parlamentarische Unterstützung Brünnings bei Verabschiedung des Etats plant, wüchsen die „Linien“ die Anwendung des Artikels 48, um ihn durch ein parlamentarisches Scheinmandat der Ritterkammer zu entscheiden.

Wie der Ausgang im gegenwärtigen Augenblick auch kein Sieg für die Bourgeoisie steht die rechtlose Ausschaltung des Reichstages, der schon heute nur noch ein Scheinbleibn führt, auf der Tagesordnung. Jedes neue Geschäftsordnung im Reichstag dient der verächtlichen Terrorisierung der kommunistischen Opposition. Aber sie soll gänzlich mundtot gemacht werden, und diese Pläne nehmen konkrete Gestalt an nicht nur, wie die sozialdemokratische Presse schwärmt, bei dem Verabschieden der „Reichsfinanzgesetze“, sondern bei Brünnings „Linien“ (siehe unten) und dem Scheinmandat der Ritterkammer.

„Damit würde jenseitlos eine langfristige und weitgehende Ausschaltung verbunden sein, auf die man in Berlin schon

seit Wochen und Monaten gefaßt ist... Bei den Plänen, eventuell eine neue Nationalversammlung einzuberufen, die eine Herabsetzung der Verfassung vornehmen müßte, handelt es sich um Erörterungen, die schon bald nach dem 14. September einleiten und den Gedanken an die außerparlamentarische Verabschiedung eines neuen Wahlrechts, liegen ebenfalls Diskussionen zu Grunde, die schon monatelang in allen möglichen politischen Kreisen und keineswegs nur auf dem rechten Flügel der Deutschen Volkspartei geführt worden sind.“

Die in der Presse über diese Fragen begonnenen Erörterungen führt der Dresdner Anzeiger darauf zurück:

„Doch dieser Tage zwischen dem Kanzler und einigen führenden Parlamentariern, darunter dem Zentrumsgeschäftsführer Koss und dem Führer der Deutschen Volkspartei, Dingeldey, vertrauliche Besprechungen stattgefunden haben, in denen auch die hier angebotenen Geschäftspläne zur Sprache gekommen sind. Es ist bemerkenswert, daß die sozialdemokratische Presse von diesen Dingen keine Notiz nimmt, obwohl sie seit einigen Tagen von diesen Unterredungen Kenntnis hat. Das ist ein Zeichen für die Meinung, daß eine beratende Einwirkung unter Umständen notwendig werden kann...“

Daß man sich in einigen Kreisen der verantwortlichen Verantwortlichen, also der Regierung, der Parteiführer... auch mit der Möglichkeit einer eventuellen unternehmerischen außer-

parlamentarischen Regierungsform beschäftigt, ist eine Selbstverständlichkeit.“

Während also die SPD-Presse die Pläne auf Wahlrechtsänderung mit dem Artikel 48 auf Auseinanderjagung des Reichstages als die Ausgeburt der „Phantasien eines Hitler oder Hugenberg“ bezeichnet, ist sie selbst davon unterrichtet, daß diese Pläne von der Brünnings-Regierung unterstützt werden. Sie verheimlicht diese Tatsache ihren Lesern, weil sie bereit ist, die Brünnings-Regierung weiterhin mit allen Konsequenzen zu unterstützen. Gegenwärtig geht sie in der Verabschiedung der Reichstagsgeschäftsordnung den bürgerlichen Parteiführern voran. Sie wird ebenso zur gegebenen Zeit bereit sein, die weiterreichenden oben angeführten Pläne Brünnings zu unterstützen.

Die SPD-Führer sind Sozialfaschisten reinen Wassers. Sie sind die Einseitigen und Stützen des faschistischen Regimes. Das Proletariat kann den Faschismus nicht bekämpfen, ohne nicht gleichzeitig die Front des Kampfes gegen seine Träger im Lager der Arbeiterklasse, gegen die sozialfaschistischen Führer zu richten.

## Gesamtbetriebsrat der Städtischen Werte für Lohnraub

### Gemeindearbeiter! Macht den Streikbruch der Verräter zusehen / Streift gegen Lohnraub! / Bei den kommenden Betriebsratwahlen rechnet ab!

Dresden, den 5. Februar.  
Der Gesamtbetriebsrat der Städtischen Werte Dresdens nahm in seiner Sitzung am Mittwoch zur Sache und zu dem gefällten Beschluß die Stellung und Lage gegen die Stimmen der KPD-Betriebsräte eine Entscheidung, die einen vorläufigen Versuch an den Gemeindearbeitern darstellt. In der Entscheidung wird erklärt, daß man jetzt, nachdem gegen den Willen der Arbeiter „der Arbeitgeber einen Lohnraub durch eine Verletzung der Arbeitszeit (Selbstverpflichtung ohne Lohnausgleich) fordern möchte.“

Dazu ist festzustellen, daß der Lohnraub den Gemeindearbeitern durch freiwillige Vereinbarung der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie mit den Unternehmern aufgewungen werden soll, und daß die KPD und Co. nicht nur Mitglieder des Gesamtbetriebsrates sind, sondern auch Mitglieder derjenigen Lohnkommissionen, die den Lohnraub vereinbaren.

Was soll aber die Forderung nach Verletzung der Arbeitszeit ohne Lohnausgleich? Wir haben bereits gestern darauf hingewiesen, daß

der tatsächliche Lohnraub nicht 6, sondern 8-10 Prozent beträgt da die Direktoren der städtischen Werte jeden Tag in der Höhe sind, die höher entlohnten Arbeiter, wie Handwerker, an einem minder entlohnten Arbeitsplatz zu verkehren, und ein großer Teil der Gemeindearbeiter teilweise schon kurz arbeitet.

Die generelle Einführung der 8-stündigen Arbeitswoche ohne Lohnausgleich würde einen neuen 16-prozentigen Lohnraub bedeuten.

Jede Arbeitszeitverletzung! Aber nur mit vollem Lohnausgleich!

Ein solcher Betriebsrat, der für den Lohnraub ist, der sich bei jeder Gelegenheit als treuester Diener der Direktoren zeigt, muß beseitigt werden. Dazu haben die Gemeindearbeiter am 17. März Gelegenheit. Dort ist es ihre Aufgabe, nur Betriebsräte der KPD zu wählen, die sich allein ausschließlich für die Interessen der Arbeiter einsetzen.

Der Gesamtbetriebsrat glaubt, durch ein Schlingensiefel gegen die KPD die Gemeindearbeiter von ihrem Betrug ablenken zu können. Reiz Schmeißel ist diesen Elementen zu tun. So behaupten sie, daß KPD-Betriebsräte beim Streik-

niger Streikbühnenstreik sich betrauben liehen und daß kein einziger Streikbrecher unterstützt worden und darum der Streik zusammengebrochen wäre.

Daß sie den schändlichsten Versuch begingen, daß sie es waren, die gemeinsam mit der Polizei die Streikenden niederzuschlagen, die den Streikbruch in einem noch nie dagewesenen Maße organisierten, davon schreiben diese KPD-Betriebsräte kein Wort. Statt dessen schwärzen sie, daß sich die Wälfen liegen.

Alle Feinde und Lügen werden den Reformisten nichts helfen. Die KPD der Gemeindearbeiter wird in den von ihr einberufenen Reichstagsparlamenten diesen Elementen die Nase vom Gesicht reißen. Den Gemeindearbeitern rufen wir zu: Bewacht den Lohnraub mit Streik! Erweitert die bereits bestehenden vorbereitenden Kampfleitungen!

Kämpft gegen jeden Pfennig Lohnraub! Kämpft für die 40-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich! Schert euch um das Banner der KPD!

## Heraus zur Empfangskundgebung

für die in den letzten Tagen aus den Kerkern der Jungrepublik zurückgekehrten Klassenkämpfer!

19 Uhr am Hauptbahnhof zum Empfang des Genossen Bruno Goldhammer.

30 Uhr im Regierheim Begrüßung der sich wieder in die rote Kampffront einreihenden Genossen: Otto Jehuel, G. Allmann, Max Friedel und Genosse Frieda Häußler. — Genosse Strzelowicz ruft über Rote Hilfe Groß-Dresden.

## Hamburger Volkszeitung verboten

### Das Verbot SPD-Gewerkschafters

Hamburg, 5. Februar. (Eig. Drahtmeldung.)  
Nachdem die Hamburger Volkszeitung und die Norddeutsche Zeitung bereits im Dezember vorigen Jahres auf 4 Wochen verboten worden waren, werden sie ab dem 1. Februar auf die gleiche Zeitdauer von dem sozialdemokratischen Polizeipräsidenten Schönlank verboten. Das Verbot erfolgte wegen angeblichen Verstoßes gegen das Gewerkschaftsrecht. Bereits am Tage vorher erfolgte mit der gleichen Begründung die Verabschiedung der Zeitung.

Zur Begründung für dieses neue unerhörte Verbot wird auf die Vorgänge von Seebrück Bezug genommen, wo bekanntlich bei Zusammenkünften zwischen Nazis und Kommunisten von der Schönlank-Polizei die Arbeiter Bentzin und Geid erschossen wurden. Die Begründung lautet, wie nicht anders zu erwarten war, auf den Polizeibericht und nimmt selbsten Anteil an einer anlässlich der Verlesung des Genossen Geid erschienenen Würdigung der beiden Toten, in der es heißt: „Unsere Genossen Bentzin und Geid waren uns ein lebendiges Beispiel der Tapferkeit und des Kampfesmutes. Sie ließen ihr Leben ein in dem letzten Willen der Arbeiterklasse, den Sieg über den Faschismus und die schamlose Ausbeutung zu erringen.“

Wenn dieser Teil der Begründung schon ein unerhörtes Skandal ist, so ist es eine unerhörte Bronnulation der gesamten Arbeiterklasse, wenn auch die an der Spitze der beiden Genossen gehaltene Rede des Genossen Ernst Thälmann für die Parteibegründung erhalten muß. Straßbar soll u. a. sein, daß Thälmann sagte: „Kämpfer sind gefallen, die nichts anderes im Auge hatten, als das Wohl der unterdrückten Volkstufen und die dafür lurchlos und lähn ihr Leben eingesetzt haben.“ In diesen Ausführungen soll eine Verherrlichung von Gewalttätigkeiten liegen.

## Strajinski verbietet Geleit für unsere gemordeten Brüder

### So heißt der „Kampf“ der SPD-Führer gegen den Faschismus aus

Berlin, 5. Februar. (Eig. Drahtmeldung.)

Morgen findet das letzte Geleit zur Einäscherung für unsere von den Nationalsozialisten ermordeten Genossen Otto Grünberg und Max Schirmer statt. Die kommunistische Partei Groß-Berlin hat aus diesem Anlaß an den sozialdemokratischen Polizeipräsidenten Strajinski einen Brief geschrieben, in dem sie fordert:

1. die sofortige Aufhebung des Demonstrierens in Berlin;
2. Bewilligung einer Kundgebung im Volkspark an der Spitze unserer ermordeten Genossen.

Strajinski hat nicht nur die Aufhebung des Demonstrierens verweigert, sondern auch den An- und Abmarsch im Volkspark verboten. Strajinski zeigt damit der Berliner Arbeiterklasse, daß er verhasst ist, daß morgen das ganze rote Berlin im Zeichen der mächtigsten Einheitsfront gegen den faschistischen Faschismus steht. Trotz alledem wird das Trauergeleit für die gemordeten Arbeiter zu einem gewaltigen Kampfschritt für die Befreiung des roten Berlin werden.